

Der Protest der Inselbewohner

Klimaflüchtlinge? Nein – „Climate Warriors“!

Von Angela Oels

Im gegenwärtig vorherrschenden Klimadiskurs gilt „klimawandelbedingte Migration“ als Anpassungsstrategie und der Untergang von nur knapp über dem Meeresspiegel liegenden Inselstaaten als unvermeidlich. Mit diesem Zukunftsszenario wollen sich die Menschen von Tuvalu, Kiribati und Co. nicht abfinden.

— Am Vormittag des 17. Oktober 2014 legen 30 Bewohner(innen) der kleinen pazifischen Inselstaaten mit ihren handgebauten Kanus und Hunderte Unterstützer(innen) den größten Kohlehafen der Welt im australischen Newcastle für ein paar Stunden lahm. Nur vier von zwölf angekündigten Schiffstransporten durchbrechen die Blockade. Unter dem Banner „Wir ertrinken nicht, wir kämpfen!“ haben zwölf betroffene Inselstaaten diese Aktion gemeinsam mit der internationalen Fundraising-Kampagne 350.com vorbereitet. Ihr Ziel ist es, auf den ungebremsten Kohleverbrauch und -export aufmerksam zu machen, der maßgeblich zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt. Im September 2014 hatte die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre zum ersten Mal seit 600.000 Jahren 396 parts per million (ppm) erreicht – laut Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ein Rekordwert. Klimaschützer(innen) halten die Einhaltung der Obergrenze von 350 ppm für erforderlich, wenn die Temperatur nicht um mehr als zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau ansteigen soll (vgl. S. 27 ff.).

Für die meist nur ein bis zwei Meter über dem Meeresspiegel liegenden Inselstaaten ist der Klimawandel kein abstraktes Zukunftsszenario. Schon heute häufen sich die Sturmfluten. Der Staat Papua-Neuguinea hat bereits im Jahr 2009 die 1.500 Bewohner(innen) der Insel Carteret in der Region Bougainville auf eine größere Insel umgesiedelt, denn lange bevor die Inseln untergehen, werden sie durch Versalzung des Grundwassers unbewohnbar.

Kein Interesse am Flüchtlingsstatus

Die Bevölkerungen der kleinen pazifischen Inselstaaten schauen ihrem schleichenden Untergang nicht länger untätig zu, sondern machen Gebrauch von ihrem Recht auf „ökologische Selbstverteidigung“ (1). Mit dem Konzept und der Selbstbetitelung als „Climate Warriors“ treten die Inselbewohner(innen) bewusst dem Begriff „Klimaflüchtlinge“ entgegen. In der Vergangenheit hat beispielsweise Greenpeace Deutschland die Angst geschürt, dass 200 Millionen sogenannte Klimaflüchtlinge die Industrieländer überfluten könnten. Die explosive Mischung aus unbeabsichtigter Fremdenfeindlichkeit und Klimadeterminismus sollte Politiker(innen) endlich zum Handeln in Sachen Klimaschutz bewegen. Für die Betroffenen war das jedoch kontraproduktiv. Sie wurden von ganz verschiedenen Seiten, von militärischen Thinktanks bis zu gutmeinenden Filmmachern als Gefahr für die Industrieländer konstruiert, gegen die man sich nicht zuletzt auch mit höheren Grenzzäunen und dem Einsatz von mehr Grenztechnologien in Zukunft würde verteidigen müssen. Gutmeinende Nichtregierungsorganisationen wie die Londoner New Economics Foundation forderten sogar Flüchtlingsstatus für die Betroffenen, damit diese im Falle grenzüberschreitender Migration nicht völlig rechtlos dastehen würden. Die Rede war von einer Erweiterung der Genfer Flüchtlingskonvention um die Kategorie „Umweltverfolgung“ bis hin zu einem Protokoll zur Klimarahmenkonvention, um einen solchen Status zu schaffen. Solche Forderungen fanden jedoch bei den Regierungen westlicher Industrieländer wenig Gehör. Auch war die Mehrzahl der Regierungen nicht bereit, eine Verantwortung für Klimaflüchtlinge anzuerkennen. Selbst die Betroffenen waren nicht einverstanden. In zahlreichen Studien und Interviews gaben die Botschafter(innen) und Regierungsvertreter(innen) der meisten kleinen Inselstaaten wie Tuvalu und Kiribati zu Protokoll, nicht das geringste Interesse am Flüchtlingsstatus zu haben. (2) Stattdessen

forderten sie drastische Emissionsreduktionen in den Industrieländern, um ihre Inseln vor dem Untergang zu bewahren. Und für den Ernstfall eines Untergangs beanspruchen die Inselstaaten Arbeitsmigration nach Neuseeland und Australien sowie Entschädigungszahlungen.

Dank der Lobbyarbeit vieler Organisationen, allen voran des Instituts für Umwelt und Menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, gelangte das Thema aber doch auf die Agenda der internationalen Klimaverhandlungen. Artikel 14 (f) des 2010 verabschiedeten „Cancún Rahmenabkommens zur Anpassung an den Klimawandel“ griff Klimaflucht unter dem neuen Begriff „klimawandelbedingte Migration“ auf, was damit auch einen möglichen Rechtsanspruch auf Asyl unterband. Allerdings wurde dort nur festgehalten, dass zukünftig Gelder der Klimaanpassung auch für Klimamigration verwendet werden könnten.

Mit der Publikation des britischen „Foresight Report on Migration and Global Environmental Change“ im Jahr 2011 erreichte der internationale Diskurs über Klimaflucht eine neue Stufe. Klimawandelbedingte Migration wurde nun als rationale Anpassungsstrategie an ein sich wandelndes Klima dargestellt. Laut diesem Bericht ist Migration für viele „die einzige Option“, so traurig dies auch sei. Migration sei aber auch ein geeigneter Weg, um sich resilient, sprich widerstandsfähig gegen den Klimawandel zu machen. So könne beispielsweise die Migration Einzelner dazu führen, dass die anderen bleiben könnten. Mithilfe von Auslandsrücküberweisungen in die Heimat ließen sich beispielsweise Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel wie Dämme oder den Bau von Schutzbunkern finanzieren.

Die Grenzen der Resilienz

Der aktuelle Diskurs um klimawandelbedingte Migration etabliert Resilienz als neuen Handlungsimperativ. Resilienz bedeutet hier die Fähigkeit eines sozialen oder ökologischen Systems, einen Schock zu überleben. Dazu ist es nicht erforderlich, einen ursprünglichen Zustand wiederherzustellen, sondern es reicht aus, dass zentrale Systemfunktionen weiter aufrechterhalten bleiben. Dieser Ansatz bietet in der Klimaanpassung neue Flexibilität. Anstatt nur Altes zu bewahren, dürfen Veränderungen stattfinden, solange sie das Überleben ermöglichen. Wo sind jedoch die Grenzen der Resilienz? Resilienz erwartet von den Menschen, bereit zu sein, mit Gefahren zu leben,

„ Mit ihrem lautstarken Protest erinnern die Climate Warriors daran, dass es noch nicht zu spät ist, uns für eine Weltkarte mit kleinen pazifischen Inselstaaten darauf zu entscheiden. “

die ihr Leben jederzeit durchrütteln können. Aber wollen wir eigentlich gefährlich leben? Der Brite Julian Reid, Professor an der Universität Lapland in Finnland, empfiehlt, sich der Resilienz zu widersetzen: Wir sollten uns weigern, gefährlich zu leben. Das tun in der Zwischenzeit auch schon die Hauptbetroffenen. Nach der Verwüstung der Philippinen durch den Sturm Haiyan im November 2013 hielt der Delegationsführer der Philippinen, Yeb Sano, einen Monat später auf der Klimakonferenz in Warschau unter Tränen eine aufrüttelnde Rede. Unter anderem sagte er klar und deutlich, dass er sich weigere, in einer Welt leben zu müssen, in der solche Stürme „normal“ würden: „[W]e refuse, as a nation, to accept a future where super typhoons like Haiyan become a fact of life. We refuse to accept that running away from storms, evacuating our families, suffering the devastation and misery, having to count our dead, become a way of life. We simply refuse to. [...] We can stop this madness. Right now.“ (3)

Yeb Sano ging – für die Dauer der Klimakonferenz – in einen Hungerstreik, den er fortsetzen wollte, bis „the establishment of a loss and damage mechanism“ und „real ambition on stabilizing greenhouse gas concentrations“ erreicht wären. Dazu kam es bis heute bekanntlich nicht.

Zwei gegensätzliche geopolitische Entwürfe von Zukunft

Dass der Untergang der Inselstaaten vom derzeit dominanten Diskurs als unvermeidlich dargestellt wird, ist kritikwürdig. (4) Natürlich stimmt es, dass es um den internationalen Klimaschutz schlecht bestellt ist. Aber noch besteht Handlungsspielraum, die Inselstaaten zu bewahren. Letztlich handelt es sich bei der Diskussion über sogenannte Klimaflüchtlinge oder klimawandelbedingte Migration um einen Streit zwischen zwei verschiedenen geopolitischen Zukunftsentwürfen. In einer der beiden Zu-

künftig leben wir mit dem gefährlichen Klimawandel und folgen dem neuen Imperativ der Resilienz. In dieser Zukunft verschwinden die kleinen Inselstaaten von der Landkarte. In der anderen, alternativen Zukunft verhindern drastische Emissionsreduktionen einen solchen gefährlichen Klimawandel. Die Inselstaaten bleiben auf der Landkarte. Es ist eine hochpolitische Entscheidung, in welcher dieser beiden Welten wir leben wollen. „It is clear to us that this is the kind of action which we must take in order to survive“, erklärte der Sprecher der Climate Warriors in Newcastle Fenton Lutunatabua am Tag der Hafensperre. Mit ihrem lautstarken Protest erinnern er und die Climate Warriors daran, dass es noch nicht zu spät ist, uns für eine Weltkarte mit kleinen pazifischen Inselstaaten darauf zu entscheiden. —————

Anmerkungen

- (1) Eckersley, Robyn: Ecological Intervention: Prospects and Limits. In: Ethics and International Affairs 3/2007, S. 293–316.
- (2) McNamara, Karen Elizabeth/Gibson, Chris: „We Do Not Want to Leave Our Land“: Pacific Ambassadors at the United Nations Resist the Category of Climate Refugees. In: Geoforum 3/2009, S. 475–483.
- (3) Sano, Yeb: Typhoon Haiyan: We Cannot Afford to Procrastinate on Climate Action. In: The Guardian vom 11.11.2013; www.theguardian.com/world/2013/nov/11/typhoon-haiyan-philippines-climate-change
- (4) Methmann, Chris/Oels, Angela (im Erscheinen 2015): From 'Fearing' to 'Empowering' Climate Refugees: Rendering Climate-induced Migration Governable Through Resilience. In: Security Dialogue, Spezialausgabe „Politics of resilience: Logics, practices and consequences“.



Wie lautet Ihr Slogan für eine Klimaschutz-Kampagne?

We are not drowning.
We are fighting.

linäre Fernstudium Umweltwissenschaften leitet. Der Beitrag beruht auf ihrer Habilitationsschrift über die diskursive Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung.

Kontakt

Dr. Angela Oels
FernUniversität in Hagen
Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 33, D-58084 Hagen
E-Mail Angela.Oels@fernuni-hagen.de

Zur Autorin

Angela Oels, geb. 1972, ist Vertretungsprofessorin für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen, wo sie auch das interdisziplinäre